

# Marktbericht Juni 2018





## DIE WELTWIRTSCHAFT

### ■ Handelskonflikt zwischen Amerika und China verschärft sich – Negativer Einfluss auf die Weltwirtschaft ist vorprogrammiert

US-Präsident Donald Trump prägt die Politik durch Protektionismus und Streit mit Handelspartnern, was sich Ökonomen zufolge negativ auf die Weltwirtschaft auswirken wird. Die zuletzt ausgesprochenen Drohungen zwischen Amerika und China sowie das Hochschaukeln im Zollstreit machen die Börsen zunehmend nervös.

Aus einer aktuellen Umfrage des Münchner Ifo-Instituts unter 913 Volkswirten aus 120 Ländern geht hervor, dass 78 Prozent der an der Studie beteiligten Teilnehmer sagen, die US-Zölle werden einen negativen Einfluss auf das eigene Land haben. Eine deutliche Mehrheit von 66 Prozent meint außerdem, dass die Handelspolitik auch die USA selbst negativ beeinflussen wird. Als Antwortstrategie auf die US-Zölle regen die Ökonomen an, die Zusammenarbeit mit anderen Ländern hinsichtlich Handels auszuweiten.

Die EU reagiert mit Vergeltungszöllen für amerikanische Produkte, wie u. a. Whiskey, Jeans, Reisprodukte, Orangensaft, Maisprodukte, Erdnussbutter, Stahl, Tabakwaren und Motorräder (Wert von 2,8 Milliarden Euro), auf die zuvor von der US Regierung verhängten Sonderabgaben auf Stahl- und Aluminiumzufuhren aus Europa. Die Trump-Administration hat mit dem Streit mit China, Mexiko, Kanada und der EU aber noch nicht genug und so gab Trump über die sozialen Medien bekannt, alle Autoimporte aus der EU mit Zöllen von 20 Prozent belegen zu wollen, sollte die EU ihre Zölle auf US-Autos nicht aufheben. Diese Entwicklung könnte insbesondere der deutschen Wirtschaft schaden.

Anfang des Berichtmonats Juni hatte es noch den Anschein, als ob die chinesische Regierung im Handelsstreit mit den USA versöhnliche Töne anschlagen würde. Sie hat sogar den Vorschlag gemacht, US-Güter wie Sojabohnen, Rohöl und Kohle im Umfang von fast 70 Milliarden Dollar (gut 59 Milliarden Euro) zu kaufen, wenn die USA im Gegenzug angedrohte Strafzölle auf chinesische Güter im Wert von 50 Milliarden Dollar fallenlassen würde.

Doch Trump hat neue Zölle auf chinesische Waren mit einem Volumen von 200 Milliarden US-Dollar angedroht, wenn die Regierung in Peking ihre geplanten Vergeltungszölle für amerikanische Zölle umsetzen sollte. Diese waren eine Reaktion auf die erste Runde von US-Zöllen.



Die chinesische Regierung wiederum spricht von Erpressung und kündigte Gegenmaßnahmen an, falls die US-Regierung die Ankündigung wahr macht.

Der Konflikt zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt scheint sich immer weiter hochzuschaukeln. Die Eskalation zwischen China und den USA, aber auch zwischen der EU und anderen Handelspartnern und den USA schürt rund um den Globus die Angst vor einem Konjunktur einbruch und die Metallmärkte sind verschreckt über einen eskalierenden Handelskonflikt.

Derweil schauen die Wirtschaftsexperten auch aus anderen Gründen skeptisch nach China, da die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Monat dort ein schwächeres Wachstum bei Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätzen und Sachinvestitionen zeigte. Lag die Expansion des BIP im ersten Quartal 2018 noch bei 6,8 Prozent, so dürfte im zweiten Quartal nur noch ein Wachstum 6,2 Prozent bleiben. Die Einzelhandelsumsätze sind zwar im vergangenen Monat um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gewachsen, aber sie liegen deutlich unter den Erwartungen von 9,6 Prozent und auch unter den 9,4 Prozent vom Vormonat.

Dabei ist es weniger der tatsächliche Effekt der Zölle, sondern vielmehr die große Unsicherheit, die das Vertrauen und damit auch die Investitionen beeinträchtigen könnten. Die aktuellen Konjunkturdaten lassen auf eine konjunkturelle Abkühlung in der Volksrepublik China schließen.

## EUROPA

### ■ EZB stellt vorsichtige Zinsanhebung in Aussicht

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kündigte eine behutsame Geldpolitik für Europa an. Das Timing der ersten Zinserhöhung soll dem Italiener nach „geduldig gewählt werden“. Demnach bleibt weiter die entscheidende Frage, wann es zu einer Zinserhöhung kommt. Die EZB scheint sich alle Optionen offen zu lassen und spricht verklausuliert von „Irgendwann im Sommer“. So lange wird der Leitzins in der Eurozone bei null Prozent bleiben.



Bei den konjunkturellen Erwartungen im derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Umfeld der Euro-Länder stellt sich allerdings die Frage, ob es tatsächlich zu so einer Reaktion der EZB kommt und es nicht nur um eine in der Zukunft liegenden Absichtsbekundung handelt.

Konkreter ist die EZB beim den Auslaufen des Programms zum Kauf von Staatsanleihen und anderen Papieren, das wohl noch in diesem Jahr enden soll. Ab Oktober soll das Volumen der monatlichen Käufe zunächst von 30 Milliarden Euro auf 15 Milliarden verringert und Ende Dezember dann ganz beendet werden.

### ■ Reformen in Europa einhergehend mit schwächeren Prognosen

Die OECD geht von einem schwächeren Wirtschaftswachstum in Europa aus. Unter den großen europäischen Volkswirtschaften sei für Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Euroraum insgesamt eine nachlassende Wachstumsdynamik zu erwarten, teilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wollen ein gemeinsames EU-Reformpaket auf den Weg bringen, das sie beim EU-Gipfel am 28. und 29. Juni vorlegen werden. In dem Paket soll es um vier Kernprojekte gehen: Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, Stärkung der Außen- und Verteidigungspolitik, gemeinsame Asylpolitik und Forschungskooperation.

Um den Euro zukünftig krisenfester zu machen, sieht der Plan vor, den ESM-Rettungsfonds zu einem Europäischen Währungsfonds auszubauen. Ein großer umstrittener Punkt ist der von Paris geforderte eigene Haushalt für die Eurozone, um mehr Investitionen und Hilfen bei Schieflagen zu ermöglichen.

## DEUTSCHLAND

### ■ Korrektur der Konjunkturprognosen

Das Münchner Ifo-Institut macht den Anfang – die Konjunkturforscher erwartet im laufenden Jahr für Deutschland ein deutlich schwächeres Wirtschaftswachstum als bisher angenommen.



Da sich die deutsche Wirtschaft in den ersten Monaten deutlich schlechter entwickelt als prognostiziert, sehen die Ifo-Experten in diesem Jahr nur noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,8 Prozent.

Noch in dem Frühjahrsgutachten sprach man von einem Anstieg von 2,6 Prozent. Auch für 2019 gab es eine Korrektur und die Prognose wurde von 2,1 Prozent auf 1,8 Prozent zurückgeschraubt, nach einem Wachstum von 2,2 Prozent im letzten Jahr.

Die Konjunkturforscher sehen eine deutliche Zunahme der wirtschaftlichen Risiken, wie z. B. den Handelskonflikt mit Handelseinschränkungen und Zöllen, die unklaren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU vor dem Hintergrund des geplanten Brexit, und für Deutschland im speziellen die Themen rund um die Automobilindustrie und dem Dieselskandal.

Auch andere Wirtschaftsforschungsinstitute korrigierten ihre Prognose. So sieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für das laufende Jahr noch 1,9 Prozent BIP-Wachstum und das Essener RWI-Institut senkte die Wachstumsprognose deutlich von 2,4 auf 1,8 Prozent.

### ■ Konjunkturdaten ernüchtern

Die deutschen Bürger sind der jüngst veröffentlichten neuen Konsumklimastudie des Marktforschungsinstitutes GfK zufolge weiter in Kauflaune. Der stabile Arbeitsmarkt lässt derzeit noch die negativen weltwirtschaftlichen Einflüsse in den Hintergrund treten. Der Einfluss von US-Präsident Trumps protektionistischer Handelspolitik hat zuletzt die Konjunkturprognosen heruntergeschraubt, aber die Deutschen rechnen nach wie vor mit höheren Einkommen. Dem Ifo-Beschäftigungsbarometer nach ist die Neigung bei deutschen Unternehmen, neues Personal einzustellen, weiterhin auf hohem Niveau nahezu konstant geblieben.

Doch die meisten deutschen Bürger haben die Zeichen wahrgenommen und blicken pessimistischer auf die Konjunkturentwicklung. Der GfK-Teilindex für die Konjunkturerwartungen der Verbraucher ist deutlich gefallen und sinkt auf den tiefsten Stand seit mehr als einem Jahr.

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen trübte sich im Juni ein und der wirtschaftliche Frühindikator des Münchener Ifo-Instituts ist im Juni um 0,5 auf 101,8 Punkte zurückgegangen. Für den Rückgang des Geschäftsklimaindex erachten Volkswirte den Handelskonflikt mit den USA und den Streit zwischen den Regierungsparteien CDU und CSU hinsichtlich der zukünftigen Asylpolitik für verantwortlich.



Ein Worst-Case-Szenario mit einem Bruch der Regierung und Neuwahlen würde zu weiteren Verzögerungen bei wichtigen Entscheidungen in Bezug auf Investitionen und dringender Reformen in Deutschland und im Euroraum führen.

## NE-METALLE

### ALUMINIUM

#### ■ Politische Entwicklung prägt weiter den Markt

Zunehmende Konjunktursorgen durch den Handelsstreit zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt gehen auch an den Metallmärkten nicht vorbei. Bei Aluminium kommt der zusätzliche Druck durch den US-Zoll und der unklaren Situation rund um die US-Sanktionen gegen den russischen Oligarchen Oleg Deripaska und somit auch um den russischen Aluminiumhersteller UC Rusal insgesamt.

Unter Berufung auf Zahlen der russischen föderalen Zollbehörde berichten Medien, der Konzern exportierte im April 2018 172.000 Tonnen Aluminium ins Ausland, was einem Rückgang um 45,6 Prozent gegenüber dem Vormonat (März 2018: 316.000 Tonnen) entspricht. Auch der Umsatz soll im April um 47,7% auf 325,9 Mio. Dollar eingebrochen sein. Im April kündigten bereits zahlreiche ausländische Unternehmen an, die Geschäftsbeziehungen zu Rusal vorerst einzustellen, darunter auch der multinationale Bergbaukonzern Rio Tinto. Schon seit dem 17. April nimmt die Londoner Metallbörse (LME) kein Aluminium von Rusal in ihre Lagerhäuser auf. Aus Kreisen der Marktteilnehmer wird beobachtet, dass die Lagerbestände von Rusal in Russland steigen und das Material nicht im gewohnten Umfang exportiert werden kann.

Auch das International Aluminium Institute unterstützt diese These, wie aus dem aktuellen Bericht hervorgeht. So lag die Produktion des weltweiten Aluminiums im Mai bei 5,44 Millionen Tonnen, was etwa dem Niveau des Vorjahres entspricht. Ein besonderer Blick auf die Region Ost- und Zentraleuropa, zu der Russland zählt, zeigt, dass auch dort im Mai im Vergleich zum April eine unveränderte Menge Aluminium hergestellt wurde.





Trotz der fehlenden Mengen russischen Aluminiums scheint der globale Aluminiummarkt aktuell gut versorgt zu sein und auch China hat seine Exporte zuletzt deutlich ausgeweitet. Die Lagervorräte der Londoner Metallbörse (LME) reduzierten sich zwar in kleinen Steps von 1.206.375 t auf 1.112.025 t, doch angesichts der Gesamtentwicklung ist diese Entwicklung noch nicht besorgniserregend.

Anders sieht es bei der Entwicklung der Notierungen aus, die im Juni 2018 Verluste verzeichneten. War der Start in die Berichtszeit mit 2.337 USD am 07.06.18 noch vielversprechend, kam es schnell zu einer Ernüchterung bei den Marktteilnehmern. Der Monat schloss mit 2.155 USD.

Ob sich der Aluminiumpreis in den kommenden Wochen weiterhin stabil präsentiert dürfte wohl auch an der Entwicklung in China hinsichtlich Produktion und Export liegen. Die Export-Daten für Mai zeigen eine eindeutige Lage: Ein Anstieg auf den höchsten Stand seit 2014 um 7,5 Prozent im Vergleich zum Monat April und 12,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, und das in einer Situation mit verhängten Importzöllen seitens der USA. Als möglichen Grund machen die Marktbeobachter die Arbitrage zwischen den Preisen an der Londoner Börse sowie der Shanghai Futures Börse aus. Seit den Sanktionen gegen Rusal bleiben die Notierungen an der LME erhöht, sodass sich die Nachfrage nach China verlagert.

Diese Entwicklung dürfte auch zukünftig belastend für den Aluminiumpreis sein. Marktbeobachter sprechen schon davon, dass bei einer Aufhebung der Sanktionen der Verkaufsdruck noch größer werden könnte und sich die Aluminiumnotierungen weiter reduzieren dürften.

## KUPFER

### ■ Druck auf die Angebotsentwicklung bestimmt das Marktgeschehen

Spekulationen auf Versorgungsprobleme haben den Kupferpreis zu Beginn der Berichtsperiode Juni 2018 weiter in die Höhe getrieben. Das Industriemetall verteuert sich zum 08.06.18 bis auf 7.268 USD und erreicht den höchsten Stand seit Ende Dezember 2017.

Die kleine Hausse kann mit charttechnischen und fundamentalen Gesichtspunkten erklärt werden.



Zum einen ist der Kupferpreis seit Anfang des Monats aus seiner Seitwärtsbewegung nach oben ausgebrochen, was offenbar technische Anschlusskäufe ausgelöst zu haben scheint. Spekulative Finanzinvestoren sollen verstärkt Kupfer gekauft und somit ihre Netto-Long-Positionen laut LME-Statistik etwas ausgeweitet haben.

Fundamental nährt der Tarifstreit in der weltgrößten Kupfermine Escondida in Chile die Spekulationen am Markt.

Hier kam es im letzten Jahr zum längsten Streik in der Geschichte der chilenischen Bergbaubranche mit erheblichen Produktionsausfällen. Ferner ordnete die Regierung des indischen Bundesstaates Tamil Nadu aufgrund ökologischer Bedenken die Schließung der Kupferhütte von Sterlite (Tochterunternehmen von Vedanta) mit einer Kapazität von 400.000 Tonnen an. Zwar ist noch nicht klar, ob eine dauerhafte Schließung angestrebt wird, aber durch den Wegfall wären 1,7 Prozent des globalen Kupferangebots gefährdet.

Kupfer ist zum Ende des Monats weiter zurückgefallen und hat mit 6.647 USD ein Zweieinhalbmonatstief erreicht. Die Handelsstreitigkeiten zwischen China und den USA sind zunehmend eine Belastung geworden. Spekulativ orientierte Investoren haben ihre Netto-Long-Positionen der LME-Statistik nach leicht ausgeweitet.

Auch zum Monatsende überdeckte die Gefahr eines Streiks aus Escondida den Markt und eine künstlich herbeigeführte Verknappung des Angebots könnte von der fundamentalen Seite her die Preise beeinflussen. Kupfer rutschte zum Monatsende auf das niedrigste Niveau seit drei Wochen ab, nachdem der US-Präsident Trump als Reaktion auf Chinas Vergeltungszölle weitere Zölle auf chinesische Waren im Wert von 200 Mrd. USD angedroht hat. Somit kommt hier ein neuer Faktor auf den Markt und der Konflikt um die Escondida-Mine dürften eine noch stärkere Preiskorrektur verhindert haben.

Nach der Korrektur in den vergangenen Wochen zeigt sich bei Kupfer zum Ende der Berichtszeit jedoch eine Stabilisierung.

## NICKEL

### ■ Der Nickelmarkt mit deutlichen Preisverlusten

Der Handelsstreit zwischen den USA und China spitzt sich immer weiter zu und hat auch seinen Einfluss auf die Nickelpreise.





Auf der Liste der USA für chinesische Güter, die ab dem 6.07.18 mit einem Zollsatz von 25 Prozent belegt werden, stehen unter anderem Eisen und Baustahl. In China verlieren die meistgehandelten Future-Kontrakte für Eisenerz und Stahl zeitweise 5,5 bzw. 3,5 Prozent.

An der LME selbst stehen die Metallpreise weiter unter Druck und die Notierungen für Nickel rutschten klar unter 15.000 USD.

Nach einem starken Start in den Juni 2018 mit z. B. 15.760 USD am 07.06.18 legte die Notierungsentwicklung eine Pause ein und die Notierungen arrangierten sich in einem Umfeld um 15.300 USD, bevor es dann am 19.06.18 mit 14.615 USD zu deutlichen Verlusten kam. Zum Monatsende lag die Notierung in London bei 14.790 USD und somit deutliche unter den Erwartungen.

Dabei hatte sich der Nickelmarkt zuletzt gut gestaltet, denn Batterien für E-Autos haben den Preis für Nickel in den ersten fünf Monaten des Jahres um rund 20 Prozent steigen lassen. Eine Tonne kostete Ende April 14.300 Dollar und somit über 50 Prozent mehr als 2017.

Allein in China hat sich der Import von Nickel zwischen dem ersten Quartal 2017 und dem ersten Quartal 2018 verdoppelt. Dort werden die Kapazitäten für die Produktion von Batterien besonders stark ausgebaut.

Die Lagervorräte in den LME-Lägern gaben dem Metall eine Unterstützung, denn diese haben sich im Berichtsmonat von 287.646 t auf 272.754 t reduziert.

Mit der sich abzeichneten deutlichen Stimmungseintrübung dürften sich auch die spekulativen Marktteilnehmer aus den Nickelmarkt zurückziehen. Konjunkturelle Faktoren sind derzeit eher in den Hintergrund geraten.

## ZINK

### ■ Bestände klettern – Kurse fallen

Im Zuge des sich zuspitzenden Handelsstreits zwischen den USA und China reagierten die Metallpreise mit deutlichen Verlusten. Der LME-Industriemetallindex verlor 1,8 Prozent und fiel auf ein Siebenwochentief. Für Zink heißt das zum Ende der Berichtsperiode Preise unterhalb der 3.000-USD-Linie, die am 21.06.18 nach einer längeren Periode fester Notierungen mit 2.965,50 USD unterschritten wurde.



Zum Ende des Monats Juni 2018 wurden nur noch 2.899 USD gemeldet. Das Industriemetall hat in den vergangenen Wochen stark an Wert verloren und ist auf einem Stand wie zuletzt vor zehn Monaten.

Die beiden Mächte USA und die Volksrepublik China fungieren vor allem als Absatzmärkte, weshalb die Risiken für die Industrieproduktion auf beiden Seiten beträchtlich sind.

Diese Einschätzung scheint sich auch bei den Marktteilnehmern bereits durchgesetzt zu haben, was in den vergangenen Wochen zu starken Verlusten geführt hat. Weiterhin kommt als Faktor hinzu, dass eine längere Phase relativ hoher Preise bei den Minenbetreibern zu einer Ausweitung der Produktion geführt hat, was sich besonders bei Zink zeigt. Gerade hier wird als Effekt ein Anstieg der Produktion erwartet. Die Experten der International Lead and Zinc Study Group erwähnten zuletzt, dass 2018 Produktionskapazitäten von weiteren 880.000 Tonnen auf den Markt kommen sollen.

Analysten sehen für das laufende Jahr eine eindeutige Ausweitung des Angebots von Zink. Experten von Macquarie sagen voraus, dass der Zinkpreis aufgrund dessen zum Ende des Jahres unter dem aktuellen Niveau liegen dürfte. Die Nachfrage wurde in letzter Zeit durch die relativ hohen Notierungen belastet.

Die Zinkbestände in den lizenzierten Lagern der London Metal Exchange sind in den vergangenen Monaten angestiegen und auch in unserer Berichtszeit Juni 2018 kam es in London wieder zu einem deutlichen Sprung um rund 4.000 t auf 249.325 t.

Im Marktumfeld von Zink geht man davon aus, dass die Notierungen im weiteren Verlauf abwärtsgerichtet sein könnten.



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG  
Metall-Aufbereitungswerk  
Harkortstraße 22  
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

**Telefon:** +49 (0)2339-605-5  
**Fax:** +49 (0)2339-605-888-88  
**E-Mail:** [info@aluminiumonline.de](mailto:info@aluminiumonline.de)  
**Internet:** [www.aluminiumonline.de](http://www.aluminiumonline.de)

**Redaktionsleitung:** Matthias Kämper  
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

**Redakteurin:** Petra Reuther

**Schriftleitung:** Michael Obst

**Erscheinungstermin:** Monatlich

### Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.



Müller & Sohn GmbH & Co. KG  
Metall-Aufbereitungswerk

Rechtsform:  
GmbH & Co. KG

Postfach 92 22 49  
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel  
Amtsgericht Essen, HRA 8543  
Steuernummer: 323/5819/0278  
USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Harkortstraße 22  
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

E-Mail [info@AluminiumOnline.de](mailto:info@AluminiumOnline.de)

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Web [www.AluminiumOnline.de](http://www.AluminiumOnline.de)

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper

Amtsgericht Essen, HRB 20164

